

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,— RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionsschluss: Montag, morgens 9 Uhr
 Nr. 30 · 31. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 26. Juli 1930

Preissenkung + Kaufkraftmehrung + Produktionsförderung

Im Arbeiterhaushalt ist in der Regel das Lohn- und Einkommen des Mannes die einzige Grundlage für die zu bestreitenden Ausgaben. Jeder Arbeiter, insbesondere aber jede wirtschaftlich denkende Hausfrau weiß, daß nicht die zahlenmäßige Höhe des Haushaltsgeldes allein ausschlaggebend ist, sondern die Menge der Güter, die man dafür kaufen kann. Man spricht deshalb von billigen und teuren Orten, Zeiten und Kaufgelegenheiten. Die durch den Krieg verursachte Warenknappheit und die in der Inflation unumgänglich gewordene Abschätzung zwischen Preis und Wert haben den früher stark entwickelten Sinn für günstige Einkaufsgelegenheit verwirrt. Auch sechs Jahre nach der Inflation ist das noch nicht voll überwunden.

Einen ganz starken Einfluß auf das Kaufinteresse übt die Reklame aus. Wir unterliegen viel mehr, als wir uns selbst bewußt sind, den Wirkungen der Unpreisungen in Zeitungsinserten und gewissen Wort- und Sachlagern. Für die sogenannten Markenartikel — einheitlich hergestellte, einheitlich zusammengesetzte Verbrauchsgüter von bestimmten Herstellungsfirmen — wird in einer methodischen Beeinflussung der Käuferenschaft Stimmung gemacht und der Erfolg ist, daß nicht allein die Qualität der Ware, sondern die Einwirkung dieser suggestiven Beeinflussung beim Kauf den Ausschlag gibt. Ob nicht unter anderen, weniger hochtönend klingenden Namen gleiche Waren zu erhalten sind, wird vergessen. Man will sein „Perfil“, seinen „Sag-Kaffee“ und hat im Grunde nur den eigenen „Vogel der Gedankenlosigkeit“.

Bestimmte Tatsachen finden, trotzdem sie mit den Händen gegriffen werden könnten, im täglichen Leben keine Anwendung. Wir empfinden gefühlsmäßig, daß die Warenpreise zu hoch sind. Wir bringen es aber nicht fertig, wirkliche Vergleiche anzustellen und, was das richtige ist, danach zu handeln. Wir haben beispielsweise durchgehends verdoppelte Mehl- und Fleischpreise gegenüber der Vorkriegszeit, trotzdem die Urerzeugnisse in der Landwirtschaft teilweise sogar unter den Vorkriegspreisen liegen. Der Index für Großhandelsartikel ist bei weitem nicht so hoch wie der Index für Lebenshaltungsbedarf. Beide gehen aber von einer gleichartigen Meßziffer der Vorkriegszeit aus. Selbstverständlich können Meßzahlen dieser Art nicht die ganz gleiche Entwicklung nehmen, weil dem Großhandelsindex andere Waren und andere Warenarten und andere Geschäftskosten wie dem Lebenshaltungsbudget zugrunde liegen. Aber der heute bestehende Unterschied ist doch so stark, daß es unbedingt beim Lebenshaltungsbudget nicht stimmen kann, denn bei den Großhandelspreisen kann auch nicht zugezahlt werden. Die Meßziffern für beide zusammengefaßte Einheiten ergeben folgendes Bild:

	Großhandelsindex	Lebenshaltungsbudget	Espanne
1913	100.0	100.0	—
1926	134.4	141.2	6.8
1929	137.2	153.8	16.6
April 1930	126.7	147.4	20.7
Mai 1930	125.7	146.7	21.0
Juni 1930	124.5	147.6	23.1

Die Arbeitslosigkeit und die daraus folgende geringere Kaufkraft schwächt schon ohne weiteres den Gesamtwarenumsatz. Aber auch die Kaufkraft der in ihrem Einkommen gleich gebliebenen Bevölkerung verringert sich um den Grad der Preissteigerung. Wenn in der Woche 20 Mt. für Lebenshaltung reichen müssen und die Waren steigen, dann wird eine geringere Menge oder eine schlechtere Qualität den Ausgleich schaffen müssen. Das müßte der Handel einsehen und somit sowohl an einer gut verdienenden Käufer-schicht als auch an einen möglichst großen Umsatz das größte Interesse haben. Diese kaufmännische Binsenwahrheit wird heute zum ganz großen Teil nicht mehr beachtet.

Würden Verbraucher und Verkäufer auf dieser natürlichen Linie wieder zusammentreffen, dann

wäre jedem von ihnen gebient. Der Verbraucher bekäme die notwendige Menge der Bedarfsgüter; er brauchte sich nicht über das normale Verhältnis zu seinem Einkommen hinaus einzuschränken. Der Warenverkäufer würde durch mehr Umsatz an Verdienst das hereinbekommen, was er heute unberechtigterweise aus dem geringen Umsatz herauszuschlagen versucht. Ein dritter Kreis von Personen und durch sie die gesamte Volkswirtschaft würden aber auch noch an diesem vernünftigen Wirtschaftsvorgang profitieren. Durch größeren Verbrauch entsteht von selbst die größere Nachschaffungsnotwendigkeit und damit Arbeitsgelegenheit für viele Tausende. Zu einem ganz großen, beinahe ausschlaggebenden Teil liegt die Ursache der Verelendung unseres Wirtschaftslebens in den übersteigerten Preisen, die zur Verbrauchseinschränkung und damit zur immer weitergehenden Einschränkung der Produktion führen.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und der Reichsverband Deutscher Konsumvereine haben in einer gemeinsamen Aussprache am 9. Juli d. J. zu diesen Fragen Stellung genommen. Als führender Wissenschaftler gab Professor Dejschauer ein eingehendes Bild der Preisursachen, der Preispannen und ihrer Auswirkung auf Verbrauch und Produktion. Der Direktor des Reichsverbandes Deutscher Konsumvereine, Kollege Schlaack, legte aus der Praxis dar, welche preisverteuernden Momente im Gegensatz zur Vorkriegszeit durch die bessere Ausstattung der Geschäftsräume, durch Anerkennungskulturelle Ansprüche der Käuferenschaft, aber auch durch unsoliden Warenvertrieb und Bequemlichkeit der Käuferenschaft entstanden. Beide Redner verwiesen auch besonders auf die preisverteuernde Wirkung der heute üblichen Zinsen und der unter verschiedenen Namen laufenden Bankspesen. Mit Recht wurde der Ausbruch Würgzinsen geprägt. Es bestand Einigkeit darüber, daß in großzügiger und ausdauernder Weise dem Problem der Warenpreissenkung nachgegangen werden muß. Aus einer Entscheidung seien nachstehende Grundgedanken wiedergegeben:

„Als Organe der Volkswirtschaft haben Gewerkschaften und Konsumvereine die Aufgabe, an der Wiederbelebung der Wirtschaft, insbesondere auch durch Mitarbeit an der Senkung der Herstellungskosten an der Wirtschaft mitzuarbeiten. Sie lehnen aber die Bestrebungen weiter Arbeitgeberkreise, die nur in der Senkung der Löhne das Mittel zur Behebung der Wirtschaftskrise sehen, ab. Notwendig ist vor allen Dingen eine Senkung der Preise und der übersehten Zinspannen, um so zu einer Hebung der Kaufkraft zu kommen.“

Die Konsumvereine haben insbesondere in der Gegenwart eine wichtige preispolitische Aufgabe zu erfüllen. Dieser ihrer Aufgabe bewußt, haben sie in letzter Zeit bereits erhebliche Preisherabsetzungen vorgenommen und werden auch weiterhin preissenkend wirken. Die Gewerkschaften werden die Konsumgenossenschaften nachdrücklich unterstützen.

Es ist auch unabwiesbare Pflicht des Reiches und der Wirtschaft, alle Maßnahmen zu treffen, die eine fühlbare Preissenkung der Bedarfsgüter durch starke Annäherung der Verkaufspreise an die Selbstkosten und Verringerung der Zwischenspanne umgehend herbeiführen. Diese Preissenkung ist besonders für die durch Kartelle und Monopole preisgebundenen Bedarfsgüter unbedingt notwendig. Die Kartellgesetzgebung muß so gestaltet werden, daß den Kartellen und Monopolen eine Preisgestaltung, die in keinem Verhältnis zu den Produktionskosten steht, zur Unmöglichkeit gemacht wird. Eine Preisbindung des Groß- und Kleinhandels durch Verträge und sonstige Maßnahmen muß verboten werden.

Reichsregierung und Reichstag haben weiter die Pflicht, die Steuergesetzgebung so zu gestalten, daß durch sie die Preissenkung gefördert, möglichst sogar erzwingen wird. Die Sonderumsatzsteuer für Einzelhandelsbetriebe und Konsumgenossenschaften widerspricht nicht nur der Steuergerechtigkeit, sondern auch jeder wirtschaftlichen Vernunft, weil dadurch die betroffenen Wirtschaftsfaktoren, besonders aber die Konsumgenossenschaften an einer gesunden Preisregulierung stark gehindert werden. Deshalb fordert der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und der Reichsverband deutscher Konsumvereine E. V. mit allem Nachdruck umgehende Wiederaufhebung dieser verbrauchs- und wirtschaftsfeindlichen Sondersteuer.“

Es liegt nun an der Verbraucherenschaft, auch zu ihrem Teil an der Hebung ihrer eigenen Kaufkraft und damit indirekt an der Behebung der Arbeitslosigkeit mitzuwirken. Wir wiederholen unsere in Nr. 29 der „Bauergewerkschaft“ ausgesprochene Mahnung: Der notwendige Preisabbau wird nicht erreicht mit Kritik und Häufelballen; nicht dann, wenn man es dem „freien Handel“ auch weiter überläßt, zu tun und zu lassen, was ihm beliebt. Er wird erreicht, wenn wir uns 1. den Konsumvereinen im Reichsverband deutscher Konsumvereine anschließen. 2. All unsern Bedarf dort decken. 3. An Orten, wo unsere Konsumvereine zurzeit keine Verkaufsstellen haben, vom Kleinhandel Preisermäßigung fordern und diesen durch die hundertfältige Forderung aufrütteln, seine Preise zu überprüfen und auf seine Lieferanten im gleichen Sinne einzuwirken.

Der Reichstag aufgelöst

Neuwahl am 14. September

Die Auflösung der deutschen Volksvertretung durch die Reichsregierung wird von dieser damit begründet, daß eine schwache Mehrheit — die sich aus entgegengegesetzten Motiven zusammensand — notwendige Steuern nicht bewilligen wollte.

Neben dieser äußeren Ursache bestand die längst von allen Einsichtigen erkannte Tatsache, daß die Zusammensetzung der deutschen Volksvertretung, beeinflusst durch parteiegoistische Standpunkte, zu un- ausgeglichen war, um die aus der schweren Volksnot sich ergebenden schweren Aufgaben meistern zu können. Viele Parteien sind mehr und mehr von Grundstanz-Interessenparteien bestimmter Stände und Schichten geworden. Nicht das Gesamtwohl, sondern das Wohl der durch sie vertretenen Schicht war das Leitmotiv ihres Handelns. Damit kann ein Volk, das nicht ausschließlich Interessengemeinschaft, sondern staatspolitische und Kulturgemeinschaft sein will, auf die Dauer nicht zurechtkommen.

Jede Partei wird nun versuchen, ihren Standpunkt als den richtigen darzustellen und damit für die Wahl ihrer Kandidaten werben.

Wir Verbandsmitglieder, wir christlichen Gewerkschaftler, sind über die notwendige Interessenverbindung hinaus zugleich Gesinnungsgemeinschaft. Auf dem Boden der christlichen Weltanschauung, im Rahmen eines politischen, wirtschaftlichen und sozial starken Deutschen Reiches wollen wir die berechtigten Ansprüche unserer christlichen Arbeitervolkes veranfert sehen. Politische Stimmungsmacher und Hezer wird der einzelne im Laufe der nächsten Wochen als Wölfe im Schafspelz auftreten sehen.

Unsere Linie und unser Ziel sind klar und vornehmend in ihrer Gesamttendenz umrissen. Mit dem gleichen fühlen Verstand und der ihn doch befehlenden Herzenswärme, mit der wir unsere Gewerkschaftsarbeit verrichten, wollen wir die

Staatsaufgaben gemeistert sehen. Der verantwortliche Gewerkschaftler und Staatsbürger geht Pflichten nicht aus dem Weg. Er sieht auch Einzelfragen stets im Rahmen der großen Zusammenhänge.

In diesem Sinne stellt er sich zu den Reichstagsneuwahlen ein: Wir wollen eine Volksvertretung, die verantwortungsbewußt in Berücksichtigung der schweren wirtschaftlichen und politischen Tatsachen dem Arbeiterstand im Rahmen der Volksgesamtheit die Möglichkeit gibt, seine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Belange zu erreichen. Volkswohl vor Parteiinteresse!

Die Bauunternehmer zu Wirtschaftsfragen

Unter dem Namen „5. Deutsche Bauwoche“ waren die Unternehmer des Baugewerbes in der Zeit vom 1. bis 5. Juli in Dortmund versammelt. Auf Grund ihres Fachblattes „Das Baugewerbe“ berichten wir das für uns Wichtigere nachstehend:

Architekt E. Behrens (Hannover), der Vorsitzende des Deutschen Arbeitgeberbundes und des Deutschen Wirtschaftsbundes für das Baugewerbe stellte die äußerst schwere Notlage des Baugewerbes durch die starke Auftragsbeschränkung fest. Die Kritik an den Ursachen der schlechten Beschäftigungslage des Baugewerbes wies auf die wirtschaftlich und sozial schädlichen Maßnahmen der Städte vom Herbst v. J. und die notwendige Ermäßigung der hohen Zinssätze hin. Gefordert wurde ferner die baldige Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft und die Angleichung der Mietmieten an die Neumieten. In dem Sinne, wie die Unternehmer als Hausbesitzer diese Frage gelöst haben wollen, wird sie wohl kaum ohne Schaden für die Volksgemeinschaft gelöst werden können. Eine weitere Klage richtete sich gegen das Reichsarbeitsministerium — gemeint ist wohl die Reichsarbeitsverwaltung —, die das Arbeitsgebiet der freien Firmen durch Einschränkung der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge zugunsten der Regiebauartigkeit der Gemeinden und Kommunalverbände einenge. Zu den Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden über Hebung der Arbeitslosigkeit wurde der landläufigen Unternehmeransicht auf Lohnabau beigegeben und betont, daß die Bauarbeiterverdienste zweifellos zum Abbau reif seien, daß aber das baugewerbliche Problem nur im Einklang mit den Gesamtbestrebungen der Reichsregierung auf Besserung der Wirtschaftslage gelöst werden könne. Unsere Ansicht zu dieser Frage ist ihnen durch die „Baugewerkschaft“ und auch gelegentlich einer mit Arbeitsbeschäftigungsfragen besetzten Verhandlung unter den Vertragsparteien unzweideutig gesagt worden. Von den Unternehmern des Baugewerbes sollte man bei aller Wahrung der Arbeitgeberinteressen schon erwarten, daß sie den Bauarbeiterlohn als Jahreseinkommen und auch als Kostenanteil am Bauobjekt sachlicher würdigen können als außerhalb des Baugewerbes lehende Allweltwissenschaftler zu tun belieben.

In einer öffentlichen Tagung sprach Architekt Hoemann (Köln), daß man nicht mit allen gesetzlichen Maßnahmen, die bisher zur Lösung des Bauwirtschaftsproblems getroffen oder noch beabsichtigt seien, einverstanden sein könne. Man sehe in vielen dieser Maßnahmen sozialistisch-planwirtschaftliche Bestrebungen. Nur in der Wiederherstellung der freien Wirtschaft auf dem Gebiete des Bau- und Wohnungswesens sei das Vertrauen der Geldgeber, der privaten Bauherren und der Agenten der Unternehmer wieder anzufachen. Die Wahrheit dürfte hier etwas unter der Mitte liegen. Wenn Redner darauf verwies, daß dem Wagemut der Unternehmer und der privaten Bauherren die heutige Größe der Städte zu verdanken sei, dann muß doch auch zugegeben werden, daß auch die engbrüstige Verbannung der Wohnquartiere, die ungunstigen Straßenlagen, die primitiven sanitären Einrichtungen, auf Konto dieser doch stark vom Verdienstandpunkt beeinflussten Tätigkeit zu setzen sind. In der Begrüßungsansprache des Oberbürgermeisters Dr. Eichhoff (Dortmund) lag das Zustandnis eines prominenten Städtevertreters, daß es falsch ist, durch rückwärtslose Hemmung der Bautätigkeit Ergebnisse erzielen zu wollen. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministers sprach die Hoffnung aus, daß bald durch Zustuß von Auslandskapital eine Belebung des Baumarktes hervorgerufen werden könne; die Auswirkung des verpönten Pfandbriefabjages sei noch nicht abzusehen. Eine starke Konzession an die Geldwelt der Submissionskartelle war es, wenn Ministerialdirektor Reichardt die Berechtigung des Abschlusses von Preisvereinbarungen zur Erzielung auskömmlicher Preise durch ein Urteil des Reichsgerichts als genügend gedeutet betrachtete. Einen kleinen Scherz — möglicherweise auf Bestellung — leitete sich der Vertreter des Schweizerischen Baumeisterverbandes

Dr. Cagianut (Basel), der die Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft, wie in der Schweiz seit 1926 geschehen, und die Unwirtschaftlichkeit der starren Arbeitszeitregelung im Baugewerbe an Hand von Schweizer Beispielen behandelte und damit entsprechende Hinweise verband. Zwischen der Schweiz und Deutschland besteht ein so großer Unterschied in der Struktur der Volkswirtschaften, daß für solche Vergleiche kein Raum mehr bleibt.

Dr. Karding von der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekendarlehen sprach über die Finanzierung des Wohnungsbauwesens. Die Zukunft des Wohnungsbauwesens sieht er trübe. Die mangelnde Vermietbarkeit (Wohnungspreis) ist die Ursache. Wohnkultur ist nicht möglich, wenn wegen Wirtschaftsdruckes Arbeiter und Angestellte in unsicheren Verhältnissen leben. Dem Baugewerbe und dem Neubaubesitz drohe eine schwere Krise. Er ist deshalb für Verlangsamung im Neubautempo. Öffentliche Bauten sollen an Arbeitsgelegenheit zu gegebener Zeit das ersetzen, was der Wohnungsbau nicht leisten kann.

Maurermeister Bielefeld (Reddinghausen) sprach über die Forderungen der Bauwirtschaft an Reich, Länder und Gemeinden. Er beklagt u. a. den hemmungslosen Konkurrenzkampf im Baugewerbe, der durch die Gewerbefreiheit verschlimmert werde. Eine gewisse Einschränkung der Gewerbefreiheit, etwa durch Konzessionierung von baugewerblichen Betrieben und Einführung der Baumeisterberufsbezeichnung sei nötig. Durch Anwendung der Verdingungsordnung für Bauleistungen ließen sich manche häufigen Mängel im Vergabewesen beheben. Der Weg der Selbsthilfe scheint auch ihm der sicherste. Die Konzentrationsbewegung der Baustofflieferanten und -fabrikanten, der Arbeitnehmer und der Bauherrschaften zwingen zum Zusammenschluß, wenn das Baugewerbe nicht zwischen den preisbildenden und preisdrückenden Gruppen zerrieben werden wolle. Die Erkenntnis scheint durchzubrechen, daß man im Baugewerbe nicht mehr wie früher zugunsten der wenigen Unternehmer, die zugleich auch Baustofflieferer oder Baustofffabrikanten (Ziegeleien, Kalkwerke usw.) sind, auf einen Kampf gegen die überhöhten Materialpreise verzichten kann. Mit dem Sinken der Materialpreise würde auch ein Sinken der Baupreise Hand in Hand gehen. Für die von ihm befürworteten volkswirtschaftlichen Vorteile von Submissionskartellen haben wir die Beforgnis, daß es wie auch bei anderen Kartellen nach dem menschlichegoistischen Streben auf größtmögliche Verdienstsicherung geht. Zuzustimmen ist dem Satz, daß kein Bauherr ein Recht auf unangemessene niedrige Preise hat.

Ueber die Hauptversammlung des Deutschen Bauarbeiterbundes e. V. wird der Öffentlichkeit nichts berichtet.

Bauarbeiterchutz (Standgerüste)

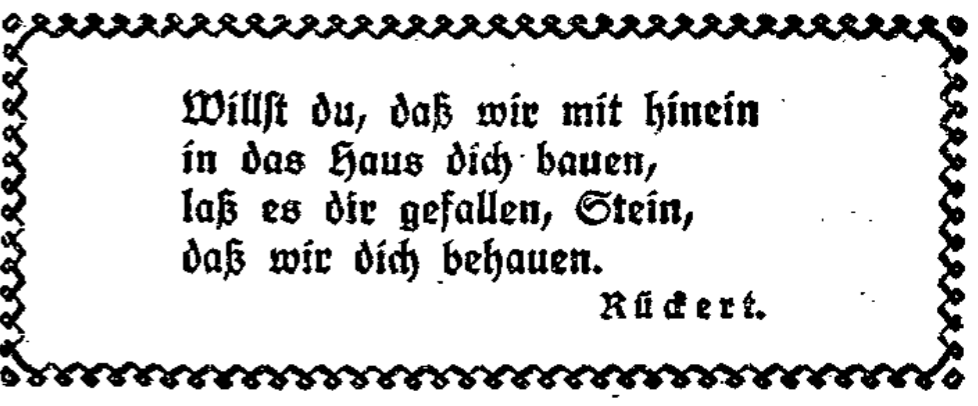
Der § 46 der Unfallverhütungsvorschriften der Rheinisch-Westfälischen Baugewerkschaftsgenossenschaft, erlassen auf Grund der vom Verbands der deutschen Baugewerkschaftsgenossenschaften aufgestellten einheitlichen Unfallverhütungsvorschriften, behandelt das Erbauen von Standgerüsten an Neubauten und Umbauten und hat folgenden Wortlaut:

1. Bei Neubauten und Umbauten sind Standgerüste an den Außenseiten der Umfassungswände aufzustellen, wenn in einer Höhe von sieben Metern oder mehr gearbeitet werden soll. Diese Gerüste sind je nach dem Fortschritt des Baues hochzuführen.
 2. bei Bauten mit Außenmauern von mehr als sieben Metern Höhe, bei welchen das Dach unmittelbar die Raumdecke bildet (Hallen, Säle usw.), müssen auch im Innern mit der Höherführung der Außenwände Standgerüste aufgestellt werden, sofern nicht eine Schutzabdeckung nach § 70 Absatz 3 angebracht ist.
 3. wo die Aufstellung eines Standgerüsts sehr erschwert ist, muß ein Auslegergerüst als Fanggerüst angebracht werden.
1. der oberste Gerüstbelag der Stand- und Auslegergerüste darf nicht tiefer als vier Meter unter der jeweiligen Arbeitsstelle liegen.

Bei der Durchführung der hier festgelegten Bestimmungen über den Bauarbeiterchutz ergeben sich zwischen den Baupolizeibehörden, insbesondere den für die Ueberwachung zuständigen Baukontrolleuren und den Bauunternehmern und Bauleitern fast täglich Meinungsverschiedenheiten. Man will vielfach die Notwendigkeit eines Standgerüsts zum Schutze gegen das „Ueberdiehandmauern“ nicht einsehen. Die einzige Begründung für diesen Standpunkt lautet stets: „Früher konnte man dies auch nicht.“ Andere legen den § 46 so aus, daß die Gerüste erst dann erbaut werden müssen, wenn die Außenmauern der Gebäude die Höhe von sieben Metern erreicht haben. Etwa erst in Höhe des zweiten Obergeschosses brauche man daher, falls das Gebäude noch höher brauche, das Gerüst zu erbauen. Diese Auslegung trifft man am häufigsten

an. Wer den Absatz 1 des § 46 genau und vor allen Dingen ohne voreingenommen zu sein, durchliest, muß einsehen, daß diese Auslegung falsch ist. Ausdrücklich heißt es, daß Gerüste aufzustellen sind, wenn in einer Höhe von sieben Metern und mehr gearbeitet werden soll. Also nicht erst dann die Gerüste aufstellen, wenn die sieben Meter erreicht sind, sondern diese sind „je nach dem Fortschreiten des Baues mit hochzuführen“, also praktisch zu erbauen, sobald Sockelhöhe erreicht ist. Außerdem weiß aber auch jeder Fachmann aus der Erfahrung, daß das Erbauen eines Außengerüsts in Höhe des zweiten Obergeschosses eine gefährliche Arbeit ist. Wiederholt habe ich es erlebt, daß man an die Standbäume Leitern anstellte, in der Höhe des zweiten Obergeschosses die Streichstange anband und hier das Schutzgerüst machte. Auch dies geschah, besonders in der ersten Zeit des Inkrafttretens der Bestimmungen nur auf mein Drängen hin. Die Dienstkollegen in anderen Städten werden ähnliches erlebt haben. Statt die Unfallgefahr zu vermindern, wird diese hierdurch noch erhöht.

Im Absatz 2 des § 46 ist bestimmt, daß diese Gerüste als Schutzgerüste gegen das „Ueberdiehandmauern“ auch in Hallen, Sälen usw. im Innern dieser Gebäude zu errichten sind, falls in einer Höhe von sieben Metern und mehr gearbeitet werden soll.



Willst du, daß wir mit hinein
in das Haus dich bauen,
laß es dir gefallen, Stein,
daß wir dich behauen.

Rückert.

Auch hier trifft das vorher Ausgeführte sinngemäß zu. Die Gerüste sind von unten ab zu erbauen und je nach dem Fortschreiten des Baues mit hochzuführen. Hier ist auf den § 70 Absatz 3 der Unfallverhütungsvorschriften hingewiesen, wonach bei solchen Gebäuden ohne Zwischenwände und Decken, wenn nicht eine vollständige Eindeckung im Innern erfolgt, längs der Mauern ein mindestens zwei Meter breites, mit Brustwehren und Randbrettern versehenes Gerüst erbaut werden muß.

Im Absatz 3 ist bestimmt, daß in den Fällen, wo die Auslegung eines Standgerüsts sehr erschwert ist, ein Auslegergerüst als Fanggerüst angebracht werden muß. Praktisch tritt dieser Fall fast nur an den Giebelseiten ein, wenn das Gebäude auf der Grenze errichtet wird und der Nachbar das Aufstellen eines Standgerüsts auf seinem Grundstück nicht gestattet. Die Erfahrung lehrt, daß diese Auslegergerüste meistens sehr unzulänglich erbaut werden. Praktisch halte ich es für richtig und zweckentsprechend, in der Höhe der Unterkante der Decke jeder Etage, in einem Zwischenraum von nicht mehr als zwei Metern Löcher zulassen. Hier steckt man die Kezriegel (Hebel), die wenigstens fünf Meter lang und vor allem aus gesundem Holz sein müssen, hindurch, und zwar so, daß diese etwa zwei Meter nach außen ragen. Durch das Verschieben der Kezriegel mit den erforderlichen Brethern verschiebt sich der Schwerpunkt nach außen und die Kezriegel finden unter der Decke den erforderlichen Halt. Selbstverständlich müssen auch diese Auslegergerüste von Etage zu Etage erbaut werden, wenn sie Sinn und Zweck haben sollen. Brustwehren und Randbretter gehören auch an diese Gerüste.

Im Absatz 4 ist sodann festgelegt, daß das Gerüst jeweils nicht tiefer als vier Meter unter der Arbeitsstelle liegen darf. Abgesehen davon, daß auch hieraus hervorgeht, daß die Gerüste von unten ab erbaut werden müssen, ist hier klar ausgedrückt, daß diese, um praktisch ihren Zweck zu erfüllen, von Etage zu Etage höher gelegt werden müssen. Diese Gerüste sollen dann gleichzeitig auch als Schutzgerüste bei der Ausführung der Klempner- und Dachdeckerarbeiten dienen.

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat in den letzten Jahren wiederholt Bestimmungen zum Schutze der Bauarbeiter gegen das sogenannte „Ueberdiehandmauern“ erlassen. Die untergeordneten Behörden sind angewiesen, auf deren Einhaltung gewissenhaft zu achten. Die Bauarbeiterchaft, in deren Interesse alle diese Bestimmungen erlassen sind, muß nun selbstverständlich bei der Durchführung mithelfen. Zum wenigsten sollte man von der organisierten Bauarbeiterchaft erwarten, daß dies geschieht. Leider ist hier vieles faul. Nicht nur Interessenlosigkeit, gesteigert bis zur Fahrlässigkeit, stellen wir Baukontrolleure fest, sogar Widerstand gegen die Anordnungen der Bauleitung habe ich schon erfahren, weil man trotz des genügend auf der Baustelle vorhandenen Gerüstholzes zu bequem ist, diese Gerüste zu bauen oder ordnungsmäßig zu bauen. An größeren Baustellen, wo man eine verantwortungsbewußte Vertretung der Arbeiterchaft antrifft (Baudelegierte,) wird, falls die Bauleitung versagen sollte, auch ohne polizeiliche Zwangsmassnahmen auszukommen sein. Im

übrigen müssen die Baukontrolleure, um sich durchzusetzen, zu dem in der Dienstweisung vorgesehenen äußersten Mittel greifen und, da hier stets unmittelbare Gefahren für Leben und Gesundheit der auf dem Bau beschäftigten Arbeiter bestehen, die Arbeiten ganz oder teilweise stilllegen. Diese Maßnahme ist für beide Teile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, nicht gerade angenehm, aber nach meiner Erfahrung die wirksamste Erziehungsmethode. Genaueste Feststellung des Tatbestandes und gewissenhafte Abfassung der für die Vorgesetzten bestimmten Berichte ist in solchen Fällen sehr wichtig und liegt vor allem im Interesse des Baukontrolleurs selbst, um bei evtl. gerichtlichen Austragungen seinen Mann stellen zu können.

Ausdrücklich möchte ich aber betonen, daß ich diesen letzten Weg, von dem ich bisher nur einige Mal habe Gebrauch machen müssen, nur dann empfehlen kann, wenn eine andere Möglichkeit, sich mit seinen Anordnungen durchzusetzen, für den Baukontrolleur nicht mehr gegeben ist, er also offensichtlichen Widerstand gegen seine Anordnungen feststellen muß.

Wilh. Dörr, Oberhausen (Rhld.),
Baukontrolleur.

Baukontrolleure in Preußen erhalten polizeiliche Befugnisse

Den wiederholten Forderungen der baugewerblichen Arbeiterorganisationen auf Ausstattung der Baukontrolleure mit der Befugnis, bei festgestellten Baumängeln selbst Anordnungen ohne Zuhilfenahme anderer Behörden treffen zu können, trägt ein Erlaß des Preussischen Wohlfahrtsministers an die Regierungspräsidenten im gewissen Umfang Rechnung. Der Mangel des Erlasses scheint uns darin zu liegen, daß es in die Hand der nachgeordneten Verwaltungsorgane gelegt ist, welchen Baukontrolleuren die amtliche Eignung als Polizeibeamte oder Polizeihilfsbeamte zuerkannt werden soll. Der Erlaß lautet:

„Betr.: Dienstweisung für Baupolizeiorgane, die zur Durchführung des Arbeiterschutzes mit der Ueberwachung der Bauten betraut werden (Baukontrolleure). — Nach § 7 des mit Erlaß vom 15. Januar 1929 — II C 160 — übersandten Modells zu einer Dienstweisung für Baukontrolleure ist vorgesehen, daß diesen polizeiliche Befugnisse zugestanden werden können. Ich mache ergänzend darauf aufmerksam, daß solche Befugnisse nur von solchen Personen wahrgenommen werden können, die gemäß § 4 Abs. 2 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 11. März 1850 (Gesetzamtl. S. 265) als Polizeibeamte von der Staatsregierung bestätigt worden sind. Ich ersuche, Anweisung zu treffen, daß — soweit es noch nicht geschehen ist — die Baukontrolleure als Polizeibeamte oder als Polizeihilfsbeamte bestätigt werden.“

Der Nachsatz in § 4 Abs. 1 des Modells zur Dienstweisung, „sie (die Baukontrolleure) sind berechtigt, die nötigen Auskünfte zu fordern“ kann Anlaß zu Streitigkeiten geben, falls die Auskünfte verweigert werden, da der Wortlaut dieses Satzes nicht genau mit den Vorschriften des materiellen Rechtes übereinstimmt. Eine Verpflichtung, die Auskünfte zu geben, kann nicht in Form einer Dienstweisung für die Baukontrolleure, sondern in Form einer materiellen Rechtsnorm der betroffenen Personen eingeführt werden. § 4 der sogenannten Einheitsbauordnung schreibt jedoch nur vor, den mit der Ueberwachung von Bauten betrauten Personen jederzeit Zutritt zur Baustelle und Einblick in den Bauwesen zu gewähren. — Der betreffende Satz der Dienstweisung ist aber auch entbehrlich. Er ist deshalb zu streichen.“

Vom Fortschritt dieser Maßnahmen überzeugt, sei unseren Kollegen aber noch gesagt, daß nur dann die Einzelaufstellung von Mängeln umfassend erreicht wird, wenn unsere Delegierten mit den Baukontrollorganen bekannt sind und zu ihnen Vertrauen haben können. Hinter den Delegierten aber muß die Belegschaft des Arbeitsplatzes einmütig stehen, wenn wegen Eintreten für Schutz von Leben und Gesundheit dem Delegierten Schwierigkeiten gemacht werden.

Krankenversicherungsreform und Arzthonorar

Die zurzeit den Reichstag und die Öffentlichkeit beschäftigende Reform der Krankenversicherung will die in der Arbeitslosenversicherung notwendig gewordene Erhöhung der Beiträge um 1 Prozent dadurch erträglich machen, daß die Beiträge zur Krankenversicherung in ähnlicher Höhe gesenkt werden. Weiter soll gewissen Mischständen bei Ausnutzung der Einrichtungen der Krankenversicherung begegnet werden. Ob alle hierzu gemachten Regierungsvorschläge notwendig und richtig sind, soll hier nicht untersucht werden.

Eine der Hauptursachen für die Steigerung der Krankenkassenbeiträge, und die trotzdem eingetretene finanzielle Klemme der Krankenkassen besteht in den Aufwendungen, die für ärztliche Hilfeleistung und Medikamente gemacht werden müssen. Diese Aufwendungen sind im Laufe der Jahre in einem Maße gestiegen, daß sie nicht mit einem verschlechterten Gesundheitszustand der Versicherten oder mit den Kosten der modernen Einrichtungen für Heilbehandlung allein

Am 26. Juli 1930 ist der dreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1930 fällig.

erklärt werden können. Sie haben vielmehr zu einem ganz großen Teil ihre Ursache in den früher nicht genügend geschätzten Auswirkungen der freien Arztwahl und in dem eigenartigen Glauben, daß die Versicherungsinstitute Versorgungsinstitute für einen, in seiner Personenzahl nicht abgegrenzten Stand sein könnten.

Die Gesamtkosten und die errechneten Durchschnittskosten für Ärzte, Zahnärzte und Apotheker betragen bei den reichsgesetzlichen Krankenkassen einschließlich der See-, Knappschafts- und Ersatzklassen:

Im Jahre	für Ärzte		für Zahnärzte		für Apotheker	
	insgesamt	pro Versicherten	insgesamt	pro Versicherten	insgesamt	pro Versicherten
	Mill. RM.	RM.	Mill. RM.	RM.	Mill. RM.	RM.
1914 =	104,0	6,66	7,8	0,50	58,5	3,75
1924 =	205,7	11,90	21,1	1,22	92,3	5,34
1928 =	433,6	19,71	74,6	3,97	235,1	10,69
1929 ¹⁾ =	476,5	21,88	96,0	4,36	265,9	12,09
1930 ¹⁾ =	500,0	22,72	100,0	4,54	—	—

¹⁾ Amtliche Schätzungen.

Da die Versicherten zwei Drittel der Krankenkassenbeiträge aufzubringen haben, besteht bei ihnen ein ganz berechtigtes Interesse, diesen Kostenfaktoren nachzugehen.

Allgemeine Rundschau

Preisfenkung — die Aufgabe des Ingenieurs und Betriebsleiters!

Zur Behebung der Absatznot in der Industrie werden die mannigfaltigsten Vorschläge gemacht, die in ihrer Tendenz alle auf eine Preisfenkung abzielen. Bei sehr vielen Vorschlägen wird aber als die einzigste Voraussetzung eines Preisabbaues der Lohnabbau angenommen. Die Arbeitnehmer haben sich mit guten Argumenten gegen einen Lohnabbau gewandt und erklärt, daß ein Lohnabbau die Absatzkrise der Industrie nur verstärken muß. Für ihre Argumente haben die Arbeitnehmer nun in der Person des Generaldirektors Reuter der Opelwerke in Rüsselsheim eine gute Unterstützung erhalten. Die Firma Opel, die man als die deutsche Filiale der amerikanischen Automobilfabrik General Motors ansprechen kann, schließt ihr Geschäftsjahr mit Ende Juni 1930. Bei einer Erklärung über das abgelaufene Geschäftsjahr kam Generaldirektor Reuter auch auf das heute so aktuelle Thema der Preis- und Lohnfenkung zu sprechen. Er erklärte, daß man bei den Opelwerken keineswegs an eine Lohnfenkung zu denken brauche, weil man der Ueberzeugung ist, daß ein etwaiger Lohnabbau in gar keinem Verhältnis zu den damit zu erzielenden Ersparnissen bzw. zu einem Preisabbau des Fertigfabrikats stünde. Die Kosten für das Fertigfabrikat zu senken, sei lediglich Sache einer intelligenzvollen Organisation, also eine Frage des Ingenieurs und Betriebsleiters.

Der Reichsverband der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine,

die bundesmäßige Zusammenfassung der selbständigen Verbände der katholischen Arbeiter und Arbeiterinnen von Westdeutschland, Ostdeutschland und Süddeutschland hielt am 24. und 25. Mai in Gelsenkirchen-Buer seinen 5. Reichsverbandstagskongreß ab. Es konnte über einen erfreulichen Mitgliederzuwachs von 35 000 seit dem Jahre 1927 berichtet werden. Der Reichsverband zählt jetzt rund 350 000 Mitglieder in 3000 Vereinen, davon Berufsgewerkschaften und Jungarbeiter im Alter von 18 bis 25 Jahren rund 50 000. Der in der Arbeiterstandesbewegung aus bekannten Ursachen (Richtungsstreit) seither zurückgebliebene deutsche Osten weist das stärkste Wachstum auf.

Das Leitmotiv der Tagung war die Stellungnahme der katholischen Arbeiterchaft zum gegenwärtigen Sozialismus. Dieser fand im Grundsatz entschiedene Ablehnung, die durch taktische Zusammenarbeit bei politischen Koalitionen nicht berührt wird. Die Stellungnahme zu den Tagesfragen des Volksnotopfers, der Sanierung, der Arbeitslosenversicherung und der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung lag auf der Linie der Bestrebungen der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Die besondere Aufgabe der Standesvereine, arbeiterbildend in religiöser, politischer, kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung zu wirken, wurde in einer besonderen Entschließung bekräftigt.

Handeln statt Reden!

Trotz der gegenwärtigen so schwierigen Wirtschaftsverhältnisse und der großen Arbeitslosigkeit schreitet die Bauparität-Gemeinschaft der Freunde und Wälfenrot in Ludwigshurg erfolgreich weiter, teilte sie doch dieser Tage wiederum mehr als 10 1/2 Millionen RM. an 691 deutsche und österreichische Bauarbeiter zu.

Hiermit sind von der Gemeinschaft der Freunde im Laufe von 3 1/2 Jahren an insgesamt 942 Bauarbeiter Gesamtbeträge in Höhe von 141,8 Mill. RM. zum Bau oder Erwerb eines Eigenheims, sowie zur Hypothekenablösung bereitgestellt worden. Dabei ist zu beachten, daß die Gemeinschaft der Freunde unfindbare Darlehen zu 4 Prozent Zins mit Lebensversicherungschutz gibt.

Die Erfolge dieses Unternehmens, das weitauß an der Spitze der privaten und öffentlichen Bauparitäten steht, sind der beste Beweis für seine Leistungsfähigkeit, aber auch der Ausdruck zielbewußten Sparsinns und starken Lebenswillens im deutschen Volke.

Das Baugewerbe als Schlüsselgewerbe der Wirtschaft hat durch die starke Entwicklung des durch die Gemeinschaft der Freunde führend vertretenen neuen Zweiges der Sparrätigkeit eine rege Belebung erfahren.

Die Finanzen der Arbeitslosenversicherung.

Ueber die Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung im Monat April 1930 veröffentlicht der Reichsarbeitsmarkt-Anzeiger einen Bericht. Im April 1930 haben 15 145 501 Versicherte an Beiträgen 71 980 260,22 RM. aufgebracht. Zu diesen Beiträgen kommen noch geringe sonstige Einnahmen, so daß die Gesamteinnahmen der Reichsanstalt sich auf 72 110 760,75 RM. belaufen. Diesen Einnahmen stehen die Ausgaben in ihrer Gesamthöhe von 143 690 283,11 RM. gegenüber. Der größte Posten der Ausgaben ist der Aufwand für die Arbeitslosenversicherung mit 134 297 255,55 RM. Der Gesamtzuschuß in der Arbeitslosenversicherung im Abrechnungsmonat belief sich auf 71 579 522,36 RM. Ende April d. J. betrug das Defizit bei der Hauptstelle insgesamt 723 150 801,43 RM. In der Zwischenzeit ist dieses Gesamtdefizit noch weiter angewachsen.

Aus dem Verbandsleben

Bischoffstein. Unsere am 22. Juni stattgefundene Mitgliederversammlung war gut besucht. Eines in letzter Zeit verstorbenen Mitgliedes sowie zweier verstorbenen Frauen von Mitgliedern wurde in der üblichen Weise gedacht. Kollege B u i c k berichtete über die Tätigkeit des Verwaltungsausschusses des Arbeitsamtes Bischoffstein. Die schlechte Arbeitslosigkeit fand ihren Ausdruck darin, daß das Arbeitsamt im April tausend Kräfte weniger vermitteln konnte als im gleichen Monat des Vorjahres. Bezirksleiter, Kollege Lieblich, sprach in einem längeren Vortrag über die Ursachen der Wirtschaftsdpression und die Aufgaben der Behörden zu ihrer Beendigung. Er behandelte auch das Arbeitslosenproblem, sowohl nach der Seite der Arbeitslosenversicherung als auch der lohnpolitischen Bestrebungen der Arbeitgeber. Ein Notopfer der Beamten ist angesichts ihrer gesicherten Verhältnisse eine Frage der Billigkeit. Die Arbeiterschaft wird kein Verständnis dafür haben, wenn der ehemalige Reichsarbeitsminister Wissell, der in 21 Monaten Ministeramtigkeit zu keinen Entschlüssen gekommen ist, jetzt über sozialpolitische Probleme weise Erörterungen pflegt, und die Abschaffung des § 218 des Strafgesetzbuches propagiert. Von den Versprechungen der Regierung Müller-Wissell sind so wenige eingelöst worden, daß es diesen Kreisen schlecht ansteht, dem aus der hr. Arbeiterbewegung hervorgegangenen Arbeitsminister Dr. Stegerwald bei seinen jetzigen Maßnahmen, die zum großen Teil doch nur Nachwirkungen der zweijährigen Versäumnisse sind, an den Wagen zu fahren.

Die rege Diskussion stimmte mit dem Vortrag überein. Eine Entschließung auf Einbeziehung der Saisonarbeiter in die Krisenunterstützung wurde dem Gesamtverband, eine Entschließung wegen Arbeitsbeschaffung dem hiesigen Magistrat zugeleitet.

Brambauer. Am Mittwoch, 25. Juni, fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Neben Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten galt es zum Erwerbslosenproblem, den Massenentlassungen sowie zu der außerordentlich schlechten Lage auf dem Bauparität Stellung zu nehmen. Es ist besser, sich beim zuständigen Berufsverband Aufklärung zu holen, als demagogischen Zeitungsmeldungen blindlings Glauben zu schenken. Wer den Vortrag des Kollegen Reimbach aus Dortmund aufmerksam verfolgte — Probleme der Arbeitslosigkeit, Ursachen, Folgen und ihre Bekämpfung — muß ohne weiteres zugeben, daß hierdurch viel Aufklärung erfolgt ist. Scharf verurteilte der Referent zum Schluß seiner Ausführungen die Verantwortungslosigkeit und das Unverständnis weiter Volkstriebe, ferner die schamlose Hege gegen die Erwerbslosen, welche gänzlich unerschuldet in Not und Elend geraten sind. Unverständlich ist die Einstellung gewisser Unternehmerkreise, wenn dieselben sich einerseits zur christlichen Weltanschauung bekennen, auf der anderen Seite die Not der Zeit als Anlaß benutzen, um Gewinne für sich herauszuschlagen, ja, sogar erklären, daß die Arbeitslosen nicht arbeiten wollen!

Aus der anschließenden lebhaften Aussprache ging hervor, daß die Brambauer Bauarbeiterschaft sich eine solche Behandlung nicht ohne weiteres gefallen lassen will. Eine entsprechende Entschließung, die eine Bewahrung gegen die Verschlechterungen in der Arbeitslosenversicherung und Verzicht auf Unterstützung bei Arbeitsbeschaffung zum Ausdruck brachte, fand einstimmige Annahme.

Zum Schluß forderte Kollege Reimbach auf, die monatliche Versammlung zu besuchen, sich dort Aufklärung zu holen, das Verbandsorgan und die uns nächstehenden Zeitungen, besonders den „Deutschen“, fleißig zu studieren, und sich von den beherrschenden Artikeln sogenannter „Arbeiterzeitungen“ nicht irritieren zu lassen.

A. Koch. In einer am Sonnabend, dem 28. Juni, stattgefundenen Versammlung mit zahlenmäßig nicht genügendem Besuch sprach Kollege Jung (Siegen) über die tatsächlichen Bauarbeiterlöhne. Diese dürfen nicht nach dem Stundenlohn, sondern müssen nach dem Jahresertrag beurteilt werden.

Festzustellen ist, daß die Baukostenverteuerung weit mehr auf Steigerung der Materialkosten als auf Lohnanteil zurückzuführen ist. Die durch stärkere Ausnutzung der Arbeitskraft und technische Rationalisierung erzielte Leistungssteigerung hat den Lohnanteil an den Baukosten, verglichen mit der Vorkriegszeit, wesentlich vermindert. Die Klagen der Baufirmen stehen mit der im Jahre 1929 vorgenommenen Dividendenverteilung stark in Widerspruch, konnten doch einige Firmen sogar bis 24 Prozent Dividende ausschütten. Redner kam dann auf die Gesetzesvorlagen in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung zu sprechen; Verschlechterungen, die wir — urächlich gesehen — der planlosen Finanzwirtschaft der Regierung Müller-Wissell zu verdanken haben. Hoffentlich gelingt es der deutschen Arbeiterchaft, ihre durch die Verfassung gegebenen Rechte nicht allein zu halten, sondern auszubauen. Das kann aber nur geschehen, wenn die Arbeiter sich restlos organisieren. Den Redner forderte die Anwesenden auf, in diesem Sinne in Wissen für unseren Verband zu arbeiten. Sämtliche Diskussionsredner erkannten die Vorteile des Organisiertseins an und versprachen eifrigste Werbetätigkeit. Eine Anzahl Neuaufnahmen war der stattfindige Beweis dafür, daß der Zentralverband christlicher Bauarbeiter wirklich als der beste Hort der Bauarbeiterchaft gewertet wird. H. J.

Schwiebus. Am Sonntag, dem 29. Juni, fand unsere Generalversammlung statt. Der Besuch ließ zu wünschen übrig. Der Vorsitzende gab einen kurzen aber übersichtlichen Jahresbericht. Der Kassierer berichtete über die Kassenverhältnisse, welche trotz größerer Ausgaben im vergangenen Jahre (bei Lohnstreikigkeiten u. dgl.) als gut zu bezeichnen sind. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Vorstand wurde durch Zuruf einstimmig wiedergewählt, desgleichen die Kassenrevisoren. Die Anregung des Hauptvorstandes, die Jugend, welche unserem Verband noch fernsteht, heranzuholen, wollen wir befolgen. Weiter wurde in Erinnerung gebracht, daß die Extramarke zu 0,50 RM. von jedem Mitglied gelebt werden muß, damit auf Ende des Jahres wieder im Verbandsbuch die Schlussmarke geklebt wird, auf der steht: „Verpflichtungen erfüllt 1930.“ Nächste Versammlung Sonntag, den 3. August; voraussichtlich ist unser Bezirksleiter, Kollege Hermann, zugegen.

Castrop-Rauzel Nord. Die hiesige Ortsgruppe feierte am Sonntag, dem 6. Juli, ihr 25jähriges Bestehen. Neben unseren Ortsgruppenmitgliedern waren auch Vertreter benachbarter Gruppen erschienen. Von den zahlreichen Gästen seien erwähnt die Abordnungen der Berufsverbände des Kartells Castrop, Vertreter der evangelischen Pfarrgemeinde, der katholischen Pfarrgemeinde, der Stadtverordnetenversammlung. Nach der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Kollegen Hermann Pape, folgten Glückwünsche der Verwaltungsstelle Dortmund und der Gäste. Der Festredner, Bezirksleiter Kollege Koch (Bochum), behandelte das Eink und Fest sehr vortrefflich. Sein Mahnruf galt der Jugend. Sie ist dazu berufen, das Erbe der Alten zu pflegen und auszubauen. Dazu gehört Opferfreudigkeit und Mut. Ein besonderes Wort widmete der Redner den Frauen. Er hob die hohe Bedeutung der Frau in der Familie und Gewerkschaft hervor. Der Beifall bewies, daß die Ausführungen an passender Stelle geiprochen waren.

Die offizielle Feier schloß mit einer Schlussansprache des Kollegen Ernst (Dortmund). All das Gesagte zusammenfassend, forderte er die Anwesenden auf, es nun nicht bei Worten zu lassen, sondern so zu wirken, daß in der Ortsgruppe Castrop-Rauzel Nord auch in Zukunft ein reges Gewerkschaftsleben vorhanden ist. Die Fausen des Festalt wurden durch Musikvorträge sowie durch einen wirkungsvollen Prolog ausgefüllt.

Berthel i. B. Einen recht harmonischen Verlauf nahm am 7. Juli die Jubiläumfeier des 25jährigen Bestehens unserer Verwaltungsstelle. Außer unseren hiesigen Kollegen und ihren Angehörigen nahmen mehrere Kolleginnen und Kollegen aus Bielefeld an unserem Jubelfeste teil.

Ein flottcs Musikstück und gemeinsamer Gesang leiteten die Feier ein. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden wurde ein feiner Prolog vorgetragen. Danach hielt Kollege Werner (Baderborn) eine packende Festrede. Von der heutigen Wirtschaftslage lenkte er den Blick in die Vergangenheit zurück. Unter welchen Mühen und Opfern wurde damals die Organisation hier, wie überall gegründet. Wie hatten die einzelnen Mitglieder unter den Ausnahmegeresetzen zu leiden! Das reaktionäre Versammlungsrecht erschwerte die Aufbauarbeit ungemein. Schlamm stand es damals mit der Arbeitszeit — traurig mit der Entlohnung! — Wie waren damals die Unfallverhütungsvorschriften — wie die Versorgung der Bauarbeiter bei Unfall und Krankheit! — Auf allen Gebieten galt es zu kämpfen und zu opfern, um die Erfolge zu buchen, deren wir uns heute freuen. Darum gilt unser besonderer Gruß heute den vier Jubilaren, welche das christliche Gewerkschaftsbanner hier in Berthel aufgerichtet haben. Unsere Schlichtungsinstanzen, unser heutiges Tarifwesen, unsere Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung sind die Früchte der Arbeit des Verbandes. Daneben der Fortschritt vom Dreiklassenwahlrecht zum gleichen, geheimen Wahlrecht. Die Anerkennung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft verdanken wir der Gewerkschaft. In all diesen Kämpfen stand unser christlicher Bauarbeiterverband in der vordersten Linie. Auch in der gegenwärtigen Notzeit gilt seine intensive, oft verborgene

Arbeit dem Wohle der Arbeitslosen und Ausgesteuerten. Da die Bauarbeiterschaft wohl am härtesten von der Arbeitslosigkeit betroffen ist, hat sie um so fester zum Verbands zu stehen. Ihm die Treue halten und recht viele neue Mitkämpfer werben, ist das Gebot der Stunde! — Mit einem dreifachen, begeisterten Hoch auf unsern Zentralverband dankte die Festversammlung dem Redner.

Danach wurden die Jubilare vom Bezirksleiter in würdiger Weise geehrt. Die Silbernadel und das sinnreiche Diplom empfingen sie jeder als herzliche, dankbare Grüße des Zentralvorstandes und der Kollegenschaft.

Der gemütliche Teil paßte sich fein an. Einige humoristische Darbietungen, plattdeutsche Vorträge, zwei Ausführungen, sowie zur Abwechslung einige Gewerkschaftskieder und gute Musik ließen die Feier zu einem köstlichen Festtag werden.

Paffenheim. Unsere Verwaltungsstelle rief ihre Mitglieder zum 11. Juli zu einer Versammlung zusammen. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden nahm Kollege Pape (Allenstein) das Wort zu einem Vortrag über die wirtschaftliche Lage. Insbesondere wurde die beabsichtigte Sanierung der Erwerbslosenversicherung behandelt. Sehr interessant waren die Ausführungen über den heutigen Stand der Krankenkassen. Um umfangreiche Sparmaßnahmen in der Erwerbslosenversicherung durchführen zu können, würde die Anregung nicht von der Hand zu weisen sein, die Verwaltung der Arbeitsämter, allenfalls auch der Invalidenversicherung, den Krankenkassen zu übertragen. Dieses würde bestimmt eine beträchtliche Verbilligung des Verwaltungsapparates zur Folge haben. Im Zusammenhang behandelte Kollege Pape auch das Notopfer der Beamten. Mit den Ermahnungen an die anwesenden Kollegen, dem Verband stets die Treue zu wahren, und den Gewerkschaftsgedanken unter die noch Nutzenstehenden zu tragen, schloß Kollege Pape seinen Vortrag. Der Vortrag hätte einem noch größeren Personenkreis Anregung geben können. An der Aussprache beteiligten sich einige Kollegen.

Aus wirtschaftlichen Gründen legte der bisherige Kassierer, Kollege Braun, sein Amt nieder. An seine Stelle wurde Kollege Glanz einstimmig gewählt. Eine gemütliche Unterhaltung hielt sämtliche Kollegen noch einige Zeit zusammen.

Dresden. Für die Mitglieder der Verwaltungsstelle Dresden fand am 11. Juli eine trotz schlechten Wetters gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Schöber, begrüßte vor allem die neu eingetretenen Mitglieder.

Nach Erledigung der geschäftlichen Bekanntmachungen wurden laut Wahlvorschlügen folgende Mitglieder in den Ortsgruppenvorstand gewählt: Als 1. Vorsitzender Paul Schöber, als 2. Vorsitzender Friedrich Czunzeleit, als Schriftführer Kurt Krause und Wolfgang Engst und als Beisitzer der Vertrauensmann Otto Helm.

Im Mittelpunkt der Versammlung standen die Ausführungen des Verbandssekretärs, Kollegen Günzel über: Christliche Arbeiter in christlichen Betrieben.

Diese Ausführungen wurden in Berücksichtigung der D. B. Baustelle wie auch des Um- und Erweiterungsbaues des Krankenhauses St.-Joseph-Stift mit größter Aufmerksamkeit gehört.

Ferner wurde beschlossen, am Jungentreffen der christlichen Gewerkschaftsjugend Sachsens am 2. August in Dresden teilzunehmen. Außerdem wurde auf die Kundgebung des christlichen Textilarbeiterverbandes hingewiesen, wo anlässlich der 10. Verbandsgeneralversammlung Professor Dr. Theodor Brauer (Köln) über Kulturförderung durch Arbeitslosigkeit spricht.

Mit einem Bekenntnis für unseren Verband, für weitere eifrige Werbung mit dem Ziele des geistigen Aufstieges der Bauarbeiterschaft fand die gutverlaufene Versammlung ihren Abschluß. U. Gü.

Briefkasten der Redaktion

Anonymus, Darmstadt. Diskussionen mit „Namenlosen“ können wir grundsätzlich nicht pflegen. Also den Namen nennen, dann sind wir gern bereit, die Klinge zu kreuzen.

Sterbetafel

Am 8. Juni starb unser Kollege Anton Schmitt im Alter von 56 Jahren. Er war stets ein eifriger und dienstwilliger Kollege in der Verwaltungsstelle.

Nach längerer Krankheit starb plötzlich am 6. Juli unser Kollege Valentin Krämer. Er war ein guter Kollege und hat stets die Interessen der christlichen Gewerkschaften vertreten.

Verwaltungsstelle Hettlingen.

Am 10. Juli starb unser treuer Kollege H. Wagner, Maurer aus Honnef infolge Ertrinkens im Rhein Schwere Schicksalsschläge: Tod seiner Frau, er selbst litt an einem schweren Leiden schon lange Jahre, und lange Arbeitslosigkeit gingen seinem Tode voraus. Er hinterläßt noch unmündige Kinder.

Am 16. Juli starb unser junger und treuer Kollege Joseph Schönborg im Alter von 24 Jahren durch Autounfall. Unsere Jugendgruppe verliert in ihm eines der strebsamsten Mitglieder und seine Eltern ihren ältesten hoffnungsvollsten Sohn.

Verwaltungsstelle Bonn.

Ehrendem Andenken!

Sie sparen Geld, wenn Sie Ihre Bestellungen der Sigurd-Gesellschaft, Kassel 51, überschreiben. Die Firma erhält täglich unaufgefordert Anerkennungs schreiben; ein Beweis für die Güte und Preiswürdigkeit der gelieferten Waren. Der neue Prachtkatalog über Fahrräder, Radio- und Sprechapparate, Nähmaschinen, Uhren, Gebrauchs- und Geschenkartikel, Musikinstrumente, Photoapparate, elektrische Beleuchtungen und Haushaltsartikel ist jetzt erschienen. Interessenten erhalten denselben auf Anforderung gratis. Ueberaus leistungsfähig ist auch die Abteilung Bekleidung, verbunden mit mech. Weberei. Wir verweisen unsere Leser auf das in dieser Nummer befindliche Inserat.

Kollegen! Berücksichtigt bei Bedarf die Inserenten der „Baugewerkschaft“

Kollegen, lest den „Deutschen!“

Wepa
Fabrik f. Arbeitsanzüge sämtlicher Berufs
Spez. Blau-Maschinenbau- sowie Maurer- u. Manchester-Anzüge
Wilhelm Pahr, Berlin N 51, Brunnenstraße 78

Roman Grealich
Beitragsmarken
BERLIN NO 43,
Gollnowstraße 12.

Extraktreiche
Liköressenzen zum Selbstbereiten v. Likören. 1 Dtz. für 12 Lit. anst. M. 4.20
Laborat. E. Walther Halle-Trotha 100

Möbel-Kammerling
Berlin, Kantianenallee 66
Speise-, Schlaf-, Herrenz-, Küch.-Riesensow. Spottpreis. Zahlungsort.

Meisterschule für Bau-, Tief- u. Straßenbau
Ausbildung in einem Halbjahr zum Polier oder Schachtmeister, in 2 Halbjahren zum Maurer-, Zimmer-, Straßenmeister und Bauführer. Dehmel, Wiltjestr. 4 d
Lehrplan frei.

Technikum Steenberg
(Metall.)
Fordern Sie von Ihrem Händler **Maurerbocken Original Capelle** unverwundlich in Qualität
Verkaufspreis per Paar M. 1,50
Auf einträgliche Firma und Schutzmarke achten. Wo nicht zu haben, direkt ab Fabrik
Katalog über vollständige Ausrüstung gratis.
Arthur Capelle, Berlin, Alte Schützenstr. 54
2. Geschäft: Dirschauerstr. 2.

Enorm billig Bettlüber
kräftiges, ungebleichtes Gewebe, sehr haltbar, gefärbt, 220 lang, 140 breit, jedes Etwa für RM. 14,90
In alle Umstände geeignet. Bitte Bestellungen u. Anerkennungs schreiben an:
Wohnwarenhandlung Paul Jacobs in Gießen 34.

Auch wir werden demnächst eine Weltgeschichte herausgeben. Genau wie unsere Größenordnungen, dem so schnell bekannt gewordenen statistischen Lern- und Nachschlagebuch (wobon nur noch wenige Hundert zum ermäßigten Preis von 5,50 RM. vorrätig sind), wird auch diese Weltgeschichte ein literarisches Ereignis werden. Achtet bitte auf weitere Ankündigungen an dieser Stelle.
Christlicher Gewerkschaftsverband, Berlin-Wilmersdorf.

So billig wie nirgends

Höchste Qualität
Niedrigste Preise
Prachtkatalog kostenlos

Sigurd Gesellschaft Kassel 51

1/2 Sigurd-Bereifung vorübergehend 10% Rabat